

**Elfte Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau**  
**3. Tagung, 12. bis 14. Mai 2011, Weilburg**

**Resolution zum Thema Kernenergie**

Vorlage des Ausschusses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

*„Das Entsetzen ist so groß und so nah, dass ich es nicht fühlen kann. Es passt in eine Seele nicht hinein.“ (Pfarrerin der Ev. Gemeinde in Tokio kurz nach der Katastrophe in Japan)*

Unsere Gebete und unsere Solidarität gelten allen Opfern der Katastrophe in Ostasien. Wir fühlen mit den Menschen dort und bitten alle Christinnen und Christen, sie in ihre Gebete einzuschließen. Es dürfen die Menschen jetzt nicht vergessen werden, die ihre Angehörigen durch den Tsunami verloren haben, die vor Ort als Helfer tätig sind und die alle wie wir in großer Ungewissheit auf die immer noch drohende atomare Katastrophe blicken.

32 Jahre nach dem Atomunfall in Harrisburg/USA und 25 Jahre nach dem Super-Gau in Tschernobyl wird durch die dramatischen Entwicklungen in der Atomanlage Fukushima in Japan erneut auf dramatische Weise sichtbar, welche unvorstellbar große zerstörerische Kraft dieser Technik innewohnt. Atomenergie ist und bleibt gefährlich und nicht mit hundertprozentiger Sicherheit beherrschbar. Die Nutzung der Atomenergie übersteigt ganz grundsätzlich die Fähigkeit des Menschen zur Verantwortungsübernahme: Menschen sind Geschöpfe, die fehlerhaft sind. Die Technologien, die wir benutzen, müssen daher fehlerfreundlich sein und ohne katastrophale Folgen gehandhabt werden können. Das ist, wie die vergangenen Unfälle bewiesen haben, bei Atomkraft nicht der Fall.

Als Christinnen und Christen tragen wir Verantwortung vor Gott für die Menschen und die gesamte Natur. Dies findet seit über 30 Jahren seinen Ausdruck in zahlreichen Stellungnahmen der christlichen Kirchen zum Thema Kernenergie, die nun durch das Atomunglück in Fukushima erneut in trauriger Weise bestätigt worden sind. Die EKHN fordert daher einen schnelleren endgültigen und geordneten Ausstieg aus der Atomkraft (Abbau und Entsorgung) als im alten Atomkonsens vereinbart. Wenn es wirklich Konsens in unserer Gesellschaft ist, dass die Möglichkeit einer Reaktorkatastrophe und nicht deren Eintrittswahrscheinlichkeit entscheidend dafür ist, wie die Atomkraft beurteilt wird, dann muss konsequenterweise aus dieser Technologie sofort ausgestiegen werden. Um unserer Gesellschaft und zukünftigen Generationen die unerträglichen Folgen eines möglichen schweren Reaktorkatastrophe zu ersparen, müssen mögliche vorübergehende Belastungen eines Sofortausstiegs wie etwas höhere Kosten und unter Umständen ein vorübergehender Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Kauf genommen werden.

Die entscheidenden Optionen für eine zukunftsfähige Energieversorgung im Kontext eines nachhaltigen Klimaschutzes sind:

- die Bereitschaft zur Suffizienz / zum entschiedenen Energiesparen
- der Ausbau der Erneuerbaren Energien,
- die Nutzung der Kaltreserven im deutschen Stromversorgungssystem,
- Lastmanagement-Maßnahmen
- der Neubau von Kraftwerken und dezentralen Blockheizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung sowie einigen hocheffizienten Erdgas-Kraftwerken.

Bewusstseinsbildung, Akzeptanz in der Bevölkerung und eine tatsächliche, umfassende Bürgerbeteiligung sind notwendige Voraussetzungen für ein Gelingen der Energiewende auf zentraler wie dezentraler Ebene. Wir alle sind daher aufgefordert, durch eigenes Handeln tragfähige Brücken in eine risikoarme, nachhaltige Energiezukunft zu bauen.

Die Kirchensynode dankt allen Kirchengemeinden, Dekanaten und kirchlichen Einrichtungen und Werken, die sich hier bereits in vorbildlicher Weise verhalten und beispielsweise Ökostrom

beziehen, Photovoltaikanlagen installiert haben oder ihren Materialeinkauf unter öko-fairen Gesichtspunkten gestalten.

Die Kirchensynode weist darauf hin, dass die EKHN bis Ende 2011 ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ entwickelt, in dem Vorschläge für eine systematische und kontinuierliche CO<sub>2</sub>-Reduktion erarbeitet werden. Diese werden folgende Bereiche umfassen: Liegenschaften, Mobilität, Beschaffung und Bewusstseinsbildung im Sinne einer Schöpfungstheologie.

Die Kirchensynode weist außerdem darauf hin, dass die EKHN Rahmenverträge mit Ökostromanbietern abgeschlossen hat, denen sich Kirchengemeinden, Dekanate und kirchliche Einrichtungen und Werke anschließen können.

Ein zukunftsfähiger Umgang mit Energie ist aber nicht nur eine politische und technische Herausforderung. Er erfordert auch Einsicht in die Unzulänglichkeit menschlichen Handelns und Ehrfurcht vor dem Leben, aus der sich Grenzen des technisch Machbaren ergeben. Dies zielt auf eine Ethik der Selbstbegrenzung ab, die sich mit der Möglichkeit auseinandersetzt, mit weniger und schließlich ohne Wirtschaftswachstum auszukommen. Zur Bewahrung der Schöpfung, die uns von Gott anvertraut wurde, muss ein Gleichgewicht zwischen nachhaltigen ökologischen Bedingungen und kurzfristigen ökonomischen Interessen erreicht werden. Es bedarf also eines grundlegenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandels. Dieser Wandel kann als Chance für ein gerechteres Miteinander von Mensch und Umwelt und eine friedliche weitere Entwicklung allen Lebens auf der Erde begriffen und ergriffen werden, damit nicht wieder ein Entsetzen entstehen kann, das in eine Seele nicht hineinpasst.

### **Zum Thema „Kernenergie“ beschließt die Kirchensynode:**

1. Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) begrüßt den gesellschaftlichen und parteiübergreifenden politischen Willen zum Ausstieg aus der Kernenergie.
2. Die Kirchensynode unterstützt die Bemühungen der Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz, Konzepte zur nachhaltigen Energieversorgung zu entwickeln und umzusetzen. Diese sollen den Aufbau eines zukunftsfähigen Stromnetzes, das auf dezentrale, regenerative und damit schöpfungsgemäße Energiegewinnung ausgerichtet ist, beinhalten. Maßnahmen zur Energieeffizienz sollen ebenfalls erarbeitet werden.
3. Die Kirchensynode fordert die Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz auf, durch Information, Aufklärung und umfassende Bürgerbeteiligung eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für ein Gelingen der Energiewende in Hessen herzustellen.
4. Die Kirchensynode dankt dafür, dass die beiden Atommeiler Biblis A und Biblis B abgeschaltet worden sind und fordert die Hessische Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass sie nach dem Moratorium dauerhaft abgeschaltet bleiben. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der abgeschalteten Kernkraftwerke müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden.
5. Die Kirchensynode bittet die Kirchenleitung, die Haltung der Kirchensynode den Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz umgehend zu übermitteln.
6. Die Kirchensynode ruft Kirchengemeinden, Dekanate und kirchliche Einrichtungen und Werke der EKHN auf:
  - noch bewusster und effizienter mit Energie umzugehen,
  - eine öko-faire Beschaffung anzustreben,
  - Ökostrom mit Qualitätslabel zu beziehen, um den Atomausstieg selbst zu machen,
  - „Klimagerechtigkeit“ in unserer Kirche in allen Bereichen, auch in den Geldanlagen, zu stärken.